

FDP Landesverband Niedersachsen, Walter-Gieseking-Straße 22, 30159 Hannover

Architektenkammer Niedersachsen
z.Hd. Herrn Lars Menz
Friedrichswall 5
30159 Hannover

Hannover, 19. Juli 2022
Zeichen: HG

Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation

Tel.: (0511) 2 80 71 0
Mobil: 0151 4167 8105
Fax: (0511) 2 80 71 25
E-Mail: nds@fdp.de
Internet: www.fdp-nds.de

Wahlprüfsteine 2022 Architektenkammer Niedersachsen

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung Ihrer Empfehlungen, zu denen wir gerne Stellung nehmen.

- **Empfehlungen im Bereich "Bezahlbaren und qualitätsvollen Wohnungsbau fördern"**

Sie sprechen hier gleich zu Beginn eines der wichtigsten Themen für die Menschen in Niedersachsen an, wie auch die neuesten Zahlen belegen. In Niedersachsen und Bremen ist die Zahl der Sozialwohnungen im vergangenen Jahr gesunken. Im Jahr 2021 gab es in Niedersachsen 55.193 Sozialmietwohnungen und damit 5.071 weniger als im Jahr 2020, was einem Rückgang um 8,4 Prozent entspricht.

Wir als Freie Demokraten wollen Bauen günstiger machen. Durch die Vielzahl von Vorschriften entstehen massive Kosten. Daher wollen wir einen Baukosten-TÜV einführen, der neue Regelungen auf ihre Kosten für Bauen und Wohnen ermittelt. Unser Ziel ist es, kostenverursachende Normen zu vermeiden und den Entscheiderinnen und Entscheidern eine transparente Grundlage für ihr Handeln zur Verfügung zu stellen.

Wir teilen Ihre Auffassung, dass im Wohnungsbau stets der Bestand und sein großes Potenzial mitzudenken sind und stimmen Ihnen auch zu, dass das Baulandmobilisierungsgesetz genutzt werden sollte, um Wege zu einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik zu finden. Landesgrundstücke sollten unserer Ansicht nach grundsätzlich verstärkt genutzt werden können. Dies kann auch durch Konzeptvergaben und über den Weg des Erbbaurechts geschehen. Wir fordern, dass das Land die Kommunen unterstützen möge, geeignete Flächen als Erbbaugrundstücke zur Verfügung stellen zu können und mit den Anbietern günstigen Wohnraumes durch günstigere Belastungen auch über längere Zeiträume als die Förderdauer hinweg aushandeln zu können.

Die Idee, planerische und bauliche Experimentierräume wagen und maßvolle Abweichungen von bestehenden Standards zu lassen, begrüßen wir und fordern, in Modellprojekten Empfehlungen zu entwickeln, welche Auflagen im Sinne günstigen Bauens entbehrlich sind und wo geschickte Baugestaltung zu Materialersparnis oder geringerem Energiebedarf führen können.

- **Empfehlungen in Bereich "Klimaschutz und Nachhaltigkeit unterstützen"**

Der Aspekt des Klimas gehört für uns Freie Demokraten auch zum Baubereich. Wobei der Zielkonflikt zwischen bezahlbarem Bauen und Klimaschutz für uns nur durch Technologieoffenheit und die Innovationskraft der Wirtschaft und Wissenschaft gelingen kann. Hierfür braucht es eine umfassende Technologieoffenheit bei den Anforderungen an Gebäude und den Bauprozess, die sich auch in Gesetzen und Verordnungen wiederfinden muss. Wir begrüßen es daher, dass sich die Ampelkoalition darauf verständigen konnte, einen Bau-, Wohnkosten und Klimacheck einzuführen.

Wir als Freie Demokraten wollen den Weg in eine CO₂-neutrale Zukunft gehen. Vor diesem Hintergrund fordert auch die FDP in Niedersachsen, sich von der reinen Betrachtung des Wärmenergiebedarfs zu lösen und stattdessen die CO₂-Emissionen in den Blick zu nehmen. Dabei stimmen wir der Aussage, dass Fokus vom Energieverbrauch auf den CO₂-Verbrauch gelegt werden muss, zu. Wir wollen das gesellschaftspolitische Ziel der Ressourceneffizienz bestmöglich erreichen. Daher setzen wir auf marktorientierte Anreizinstrumente und eine ganzheitliche Betrachtung über den gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks, um die Ressourceneffizienz und die Kreislaufwirtschaft im Baubereich zu erhöhen. Die Betrachtung der Grauen Energie gehört dazu genauso wie eine verstärkte Forschung zu und Nutzung von Recycling-Baustoffen. Vor diesem Hintergrund teilen wir auch Ihr Anliegen, eine Vergleichbarkeit von Bauprodukte hinsichtlich ihrer Umweltverträglichkeit zu ermöglichen.

Wir Freie Demokraten wollen das Potenzial des Bestandsbaus nutzen. Hierzu wollen wir die Anreize für energetische Sanierungen erhöhen. Energieberatungen und energetische Sanierungen müssen vollständig steuerlich absetzbar sein und Letztere mit günstigen Krediten durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau gefördert werden. Bis zum Jahr 2045 soll der Gebäudebestand nahezu klimaneutral sein. Dazu gehören für uns auch neuartige und nachwachsende Baustoffe. Wir fordern in unserem Wahlprogramm, dass Niedersachsen sich

dafür einsetzen soll, dass die Förderung von Wärmedämm-Verbundsystemen auf Kunststoffbasis aus dem Programm der KfW Bank durch die Förderung alternativer Baustoffe ersetzt wird.

- **Empfehlungen im Bereich "Umbauordnung einführen, Bauen im Bestand verstärken"**

Wir begrüßen die Idee einer Umbauordnung als eigene Ordnung oder durch Ergänzungen und Klarstellungen innerhalb der NBauO und wir gehen noch einen Schritt weiter. Nicht nur, dass wir Umbauten schnell und rechtssicher ermöglichen wollen, wir wollen zur Abmilderung des Wohnraummangels auch den Aus- und Umbau von kleinen Wohnungen, die auf die Bedürfnisse junger Menschen zugeschnitten sind, stärker fördern. Wir Freie Demokraten wollen die gesetzlichen Regelungen für Umbauten vereinfachen und Verfahren beschleunigen. Um bundeslandübergreifende Standards zu stärken, fordern wir eine weitere Annäherung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) an die Musterbauordnung der Länder (MBO). Schwerpunkt der NBauO sind Vorgaben und Verfahren für Neubauten. Umbauten und deren Herausforderungen spiegelt sie in unseren Augen nicht ausreichen wider. Der hier ebenfalls angesprochene Mangel an personellen Ressource ist offensichtlich, wir fordern daher eine Fachkräfteinitiative (siehe hierzu auch unsere Antwort im Bereich "Fachkräftemangel durch qualitätsvolle Ausbildung bekämpfen")

- **Empfehlungen im Bereich "Vorbildrolle beim öffentlichen Bauen ausfüllen und Sanierungsstau bekämpfen – Aufgaben in einem Bauministerium bündeln"**

Als Freie Demokraten sind wir bereit, die politische Verantwortung für die gebaute Umwelt wahrzunehmen - gebaute Umwelt ist Lebensraum und gestalteter Lebensraum erleichtert Orientierung und kann Teilhabe erleichtern. Wir stimmen Ihnen zu, dass der Stellenwert des Planens und Bauens für die Gesellschaft und den Klimaschutz hoch ist und gefördert werden sollte. Ob es hierfür zwangsläufig notwendig ist, die Aufgaben in einem extra zu schaffenden Bauministerium zu bündeln, ist für uns aber fraglich, da gebündelte Zuständigkeiten in Ministerien auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit z.B. mit anderen Fachbereichen im selben Ministerium wiederum erleichtern können. Die von Ihnen angeregte interministerielle Arbeitsgruppe halten wir für eine gute Idee - die auch die Zuständigkeiten anderer Ministerien zusammenführen kann.

Auch wir Freie Demokraten wollen, dass das Land selbst aktiv und nachhaltig die Sanierung und Modernisierung des Landes angeht – mit einem langfristigen Plan und struktureller Finanzierung. Nicht alle Vorhaben sind indes als ÖPP geeignet. Deswegen sind staatliche Eigenfinanzierungen unabdingbar. Hierfür halten wir es für angemessen, ein Sondervermögen mit dem Zweck der Modernisierung der Landesliegenschaften mit jährlich 100 Millionen Euro auszustatten. Auch wir Freie Demokraten wollen, dass das Land selbst aktiv und nachhaltig die Sanierung und Modernisierung der Immobilien des Landes angeht – mit einem langfristigen Plan und struktureller Finanzierung. Der Investitionsstau beispielsweise in den Hochschulen und Liegenschaften der Polizei ist immens und muss dringend angegangen werden. Für uns Freie Demokraten ist es eine Selbstverständlichkeit, dass das Land in seinen Bauten und Planungen nach den bestmöglichen Lösungen strebt. In diesem Sinne werden wir uns auch weiter einbringen.

Hinsichtlich der Anwendung von BIM würden wir es begrüßen, wenn das Land Niedersachsen bei der Anwendung von BIM eine Vorreiterrolle annimmt. Für uns ist es aber auch wichtig, dass wir Architekten, Planer und die kleinteilige Bauwirtschaft in Deutschland auf ihrem Weg bei der Implementierung von Building Information Modeling (BIM) nicht überfordern. Deshalb sollten diese bei Investitionen in BIM-Fortbildung und -Software von der KMU-Förderung profitieren.

- **Empfehlungen im Bereich "Vergabe verbessern und Planungswettbewerbe stärken"**

Architektenwettbewerbe halten wir für ein gelungenes Instrument, Vergleichbarkeit herzustellen und zu guten Lösungen für öffentliche Bauvorhaben zu gelangen.

Das Landesvergabegesetz führt in der heutigen Form dazu, dass sich kleine Unternehmen zunehmend nicht mehr um öffentliche Aufträge bewerben, da sie die damit verbundenen bürokratischen Auflagen nicht leisten können. Auch kleinere Kommunen haben immer mehr Probleme damit, Ausschreibungen rechtskonform durchzuführen. Wir werden das Vergabegesetz reformieren und von überflüssigen Regeln wie. z.B. Mindestlohnkontrolle, Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen, Kontrolle/Haftung bei Subunternehmern etc. befreien und auf den eigentlichen Kern, nämlich die Auftragsvergabe zurückführen. Darüber hinaus werden wir einen effektiven Rechtsschutz einführen.

Eine breite Beteiligung auch kleiner und junger Büros an Wettbewerben wird von uns im Interesse des Wettbewerbs begrüßt.

Wir als Freie Demokraten halten diese Verfahren gerade vor dem Hintergrund fehlender öffentlicher Mittel und eines riesigen Investitionsstaus im Land für eine Möglichkeit, Bautätigkeit zu generieren. ÖPP oder Totalunternehmer-Verfahren müssen in unseren Augen sachlich beurteilt werden in ihren Chancen wie ihren Einschränkungen. Herausforderungen wie die Einbeziehung auch örtlicher Planer und Bauunternehmen können in unseren vertraglich genauso berücksichtigt werden wie bauliche Anpassungen im Betrieb. Bei der Einführung von BIM sind wir gerade bei kleineren, weniger komplexen Projekten vorsichtig, die vielen kleinen Planungsbüros und Handwerksbetriebe sollten nicht überfordert werden - für diese fordern wir Investitionen in BIM-Fortbildungen und Software und eine Teilhabe an KMU-Förderung.

- **Empfehlungen im Bereich "Baukultur und Denkmalschutz ernst nehmen"**

Wir werden uns als Freie Demokraten für eine Verstärkung der Mittelausstattung des Themenfeldes Baukultur einsetzen. Dabei ist für uns klar, dass die Mittelausstattung auch angemessen sein muss. Außer Frage steht für uns, dass der Staatspreis für Architektur und das Baukultursymposium weitergeführt werden müssen. Sie sind wichtige Bestandteile einer aktiven Baukulturpolitik in unserem Sinne. Hinsichtlich des Denkmalschutzes stehen wir Freie Demokraten auf dem Standpunkt, dass eine verantwortungsvolle Nutzung denkmalgeschützter Immobilien der beste Denkmalschutz ist. Um dieses zu gewährleisten, muss der Denkmalschutz weiterentwickelt werden.

Wir würden es begrüßen, wenn die Verwaltung leichter fachkundiges Personal anwerben und die Expertise und Kreativität von freien Architektinnen und Architekten nutzen könnte. Für die Anwerbung des Personals gilt es vor allen Dingen, den im nächsten Punkt angesprochenen Fachkräftemangel zu bekämpfen.

- **Empfehlungen im Bereich "Fachkräftemangel durch qualitätsvolle Ausbildung bekämpfen"**

Wir teilen die Auffassung, dass der Fachkräftemangel im Baubereich aktiv angegangen werden muss. Aktuell führt der Fachkräftemangel in Bauämtern und im Bauhandwerk zu langen Bearbeitungs- und Bauzeiten. Daher fordern die

Freien Demokraten eine Fachkräfteinitiative für das Land. Es sollen neue Stellen für Bauassessoren geschaffen und der Zugang für den Quereinstieg mit berufsbegleitender Qualifizierung verbessert werden. Wir wollen gemeinsam mit der Bauwirtschaft ein Konzept entwickeln, wie man Schülerinnen und Schüler besser für die Baubranche begeistern kann.

- **Empfehlungen im Bereich "Ländlichen Raum stärken"**

Wir Freie Demokraten wollen den ländlichen Raum insgesamt und besonders schrumpfende Regionen stärken. Dazu setzen wir auf das Leitbild der dezentralen Konzentration. Wir wollen mit einer klugen Anbindung des ländlichen Raums an die Metropolregionen, mit Investitionen in die Infrastruktur und mit der Ansiedlung von Arbeitsplätzen für einen attraktiven ländlichen Raum sorgen. In vielen Bereichen des ländlichen Raums gibt es mittlerweile handfeste Probleme bei der Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur sowie der Mobilfunk- und Breitbandverbindung. Wir Freie Demokraten wollen einen Turbo beim Ausbau der digitalen Infrastruktur zünden, um die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung in Landstädten und Dörfern zu legen. Dabei sehen wir die Notwendigkeit einer stärkeren Innenentwicklung von Siedlungen. Die Kompetenz zur Schaffung von sympathischen und belebten Zentren liegt bei unseren Kommunen. Sie wissen am besten, was vor Ort notwendig ist. Sie können etwa den öffentlichen Raum durch die Implementierung von Grün-, Wasser- und Sitzelementen einladend gestalten und für die nötige Ordnung und Sauberkeit sorgen. Sie können durch gezielte Entwicklungspolitik der Innenstädte eine vielseitige Nutzungsmischung erreichen und die Ortskerne durch sinnvolle Verkehrskonzepte erreichbar und erlebbar gestalten. Auch die Umnutzung von Leerständen in ländlichen Gebieten wollen wir erleichtern. Trotz der unbestreitbaren Vorteile, die Nachverdichtungen - für die wir die Rahmenbedingungen verbessern wollen - gegenüber von Neubaugebieten haben, lehnen wir die Ausweisung von Neubaugebieten nicht grundsätzlich ab.

Wir unterstützen die Forderung nach intelligenten Konzepten und wollen eine flexible und bedarfsgerechte Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Der ÖPNV im ländlichen Raum steckt in dem Dilemma langer Fahrzeiten, geringer Nachfrage und Auslastung, ausgedünnten Angebots und eines Attraktivitätsverlusts wegen hoher Kosten. Lange Strecken und geringe Bevölkerungsdichte können nicht geändert werden. Das Internet, Smartphones und Apps sowie Echtzeitortungsdaten lassen sich aber mit neuen Angeboten wie Smart- und Shared-/On-Demand-Mobility-Angeboten mit zukünftig fahrer-

losen und autonomen Fahrzeugen verbinden. Um diese Herausforderungen und Möglichkeiten im ländlichen Raum zu verknüpfen, müssen vernetzte Projekte, die Möglichkeiten und Bedarfe zusammenführen, ausprobiert und bewertet werden. Das 9€-Ticket zeigt gerade, wie viel attraktiver ein ÖPNV-Angebot ist, wenn die Menschen sich nicht mehr mit unterschiedlichen Tarifzonen und diversen Fahrkartensystemen auseinandersetzen müssen, solch einfacherer Zugang zum ÖPNV sollte ausgebaut werden.

Gestaltungsbeiräte finden unsere Unterstützung. Sie können helfen, die Qualität von Bauten, Infrastrukturprojekten, Stadt- und Freiräumen in den Kommunen zu verbessern.

- **Empfehlungen im Bereich "Schulbau zukunftsfähig machen"**

Wir begrüßen die von Ihnen angeregte Anpassung der Schulbaurichtlinie. Nur mit einer modernen Schulbaurichtlinie können wir die Schule der Zukunft gestalten. Moderne Unterrichtsformen spiegeln sich auch in anderen Raumstrukturen und -gestaltungen in den Schulen der Zukunft. Dafür stehen wir auch ein, denn wir Freie Demokraten wollen die Kommunen nicht allein lassen. Statt jede Kommune eigene Erfahrungen sammeln zu lassen, fordern wir, dass das Land Empfehlungen zum Schulbau erarbeitet und den Kommunen als Trägern der Schulgebäude zur Verfügung stellt. Partizipatorische Prozesse und auch ein Gremium wie der von Ihnen geforderte Runde Tisch können unserer Ansicht nach helfen, möglichst schnell möglichst vielen Kommunen den Bau ihrer Schule der Zukunft zu ermöglichen.

Mit freundlichem Gruß

i.A. Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation